

Sitzung der Vollversammlung

am 10. Juli 2023

Tagesordnung

Anlage 2 zum Protokoll: Gesamtpräsentation



TOP 1: Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 30.03.2023

TOP 2: Aktuelle politische Lage und Themen

TOP 3: Mittelbare Wahl in der Wahlgruppe Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistungen

TOP 4: Regularien

TOP 5: Politische Positionen

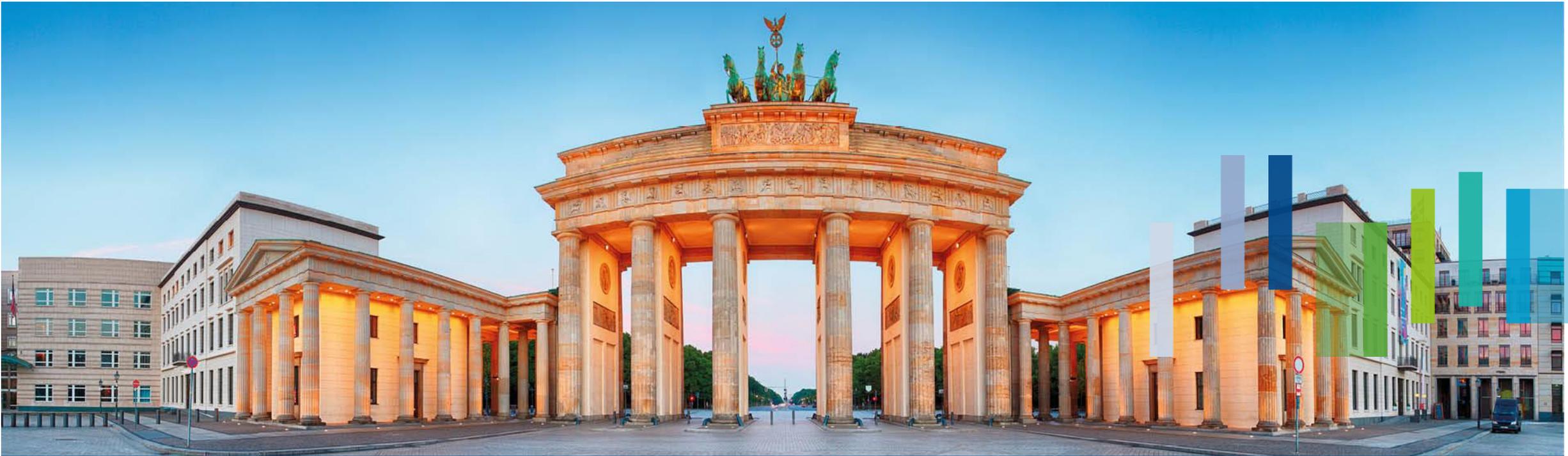
TOP 6: Verschiedenes

TOP 7: Besuch des Regierenden Bürgermeisters



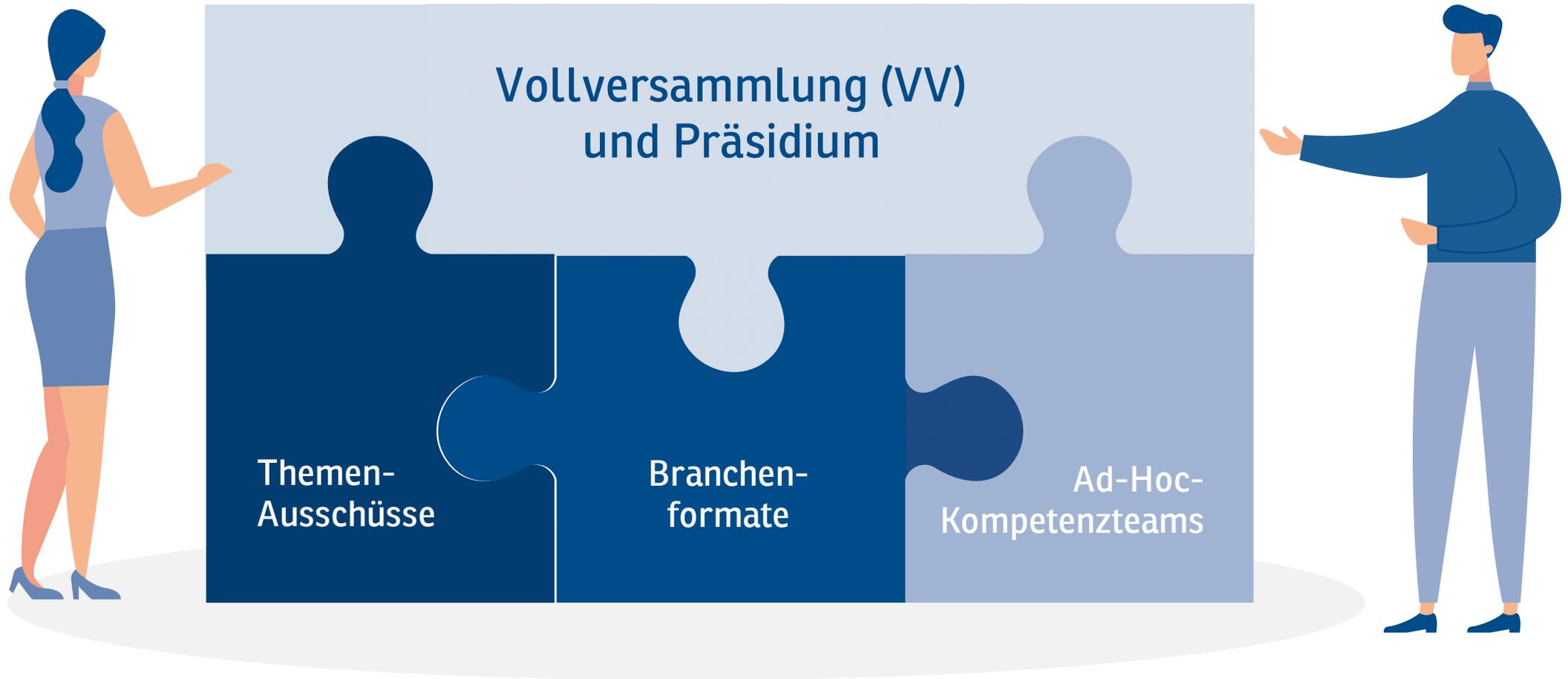
SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 1: Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 30.03.2023



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 2: Aktuelle politische Lage und Themen



Themen-Ausschüsse



Bildungsstarke Stadt	Wachsende und lebendige Stadt	Mobile Stadt	Funktionierende Stadtverwaltung	Starke IHK Berlin
Innovative & wissensgetriebene Stadt	Vernetzte und ökologische Stadt	International agierende Stadt	Fachkräfte und Arbeitsmarkt	Nachhaltige Metropole
Sonderformate:	Beitragsausschuss	Berufsbildungsausschuss		

GEMEINSAM für BERLIN



Anlage 2 zum Protokoll: Gesamtpräsentation



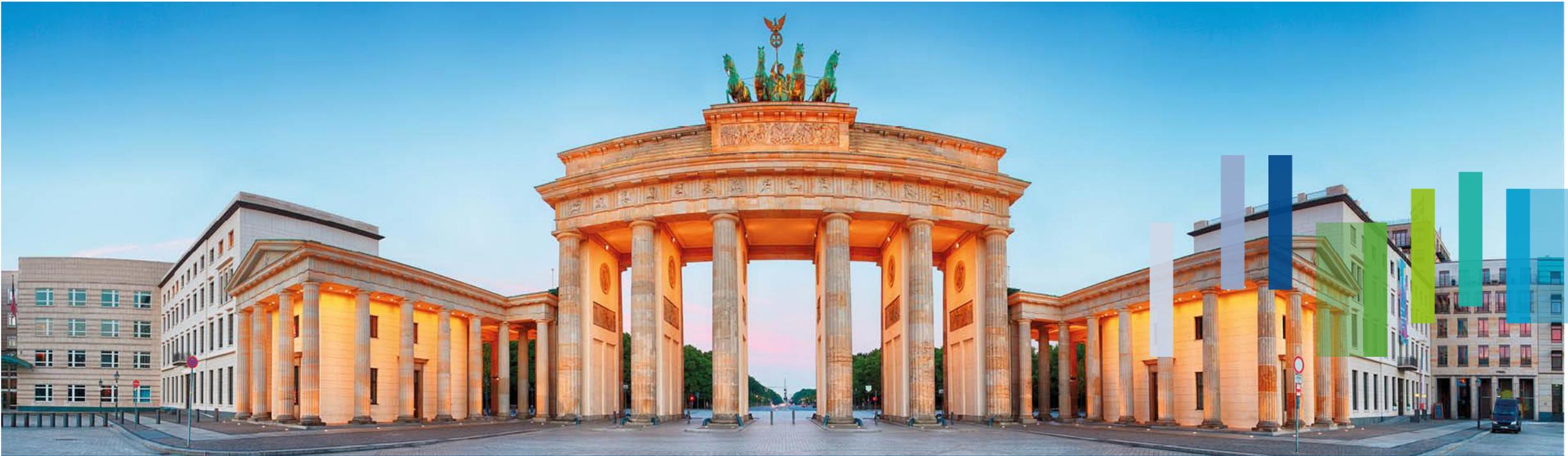
Vision



Säulen



Fundament



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 2: Aktuelle politische Lage und Themen



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 3: Mittelbare Wahl in der Wahlgruppe Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistungen



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 4: Regularien

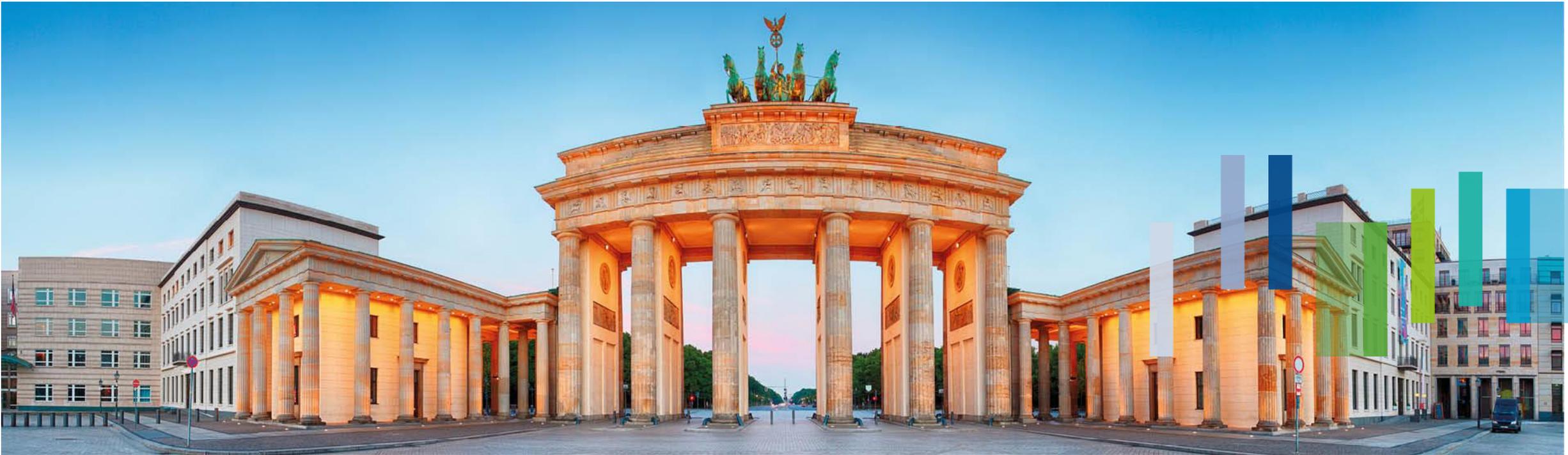


1. Änderung der Prüfungsordnung im Bewachungsgewerbe



2. Nachberufungen in die IHK- Ausschüsse





SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 5: Politische Positionen

Positionspapier: Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT) zum Schulfach der Zukunft entwickeln

Zentrale Handlungsempfehlungen

- **WAT weiterentwickeln** und nachhaltige Entwicklung mit in den Fokus nehmen,
- **Verbindlichen Unterricht** von der 7. bis zur 10. Klasse sicherstellen
- **Außerschulische Partner** aktiv in die WAT-Unterrichtsplanung einbeziehen
- **Werkstätten sicherstellen, Schülerfirmen sowie Maker Spaces ermöglichen**
- **Attraktive Bedingungen für Studium von Fortbildung** schaffen und Fortbildungsverpflichtung umsetzen
- **Ein-Fach-Ausbildung** für WAT-Lehrkräfte prüfen.

Anlage 2 zum Protokoll: Gesamtpräsentation






Wirtschaft-Arbeit-Technik zum Schulfach der Zukunft entwickeln

Nachhaltigkeit erfordert eine breite wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation, bei der Bildung eine zentrale Rolle spielt. Damit sich Berlininnen und Berliner als mündige Bürger und Fachkräfte für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt einsetzen können, sollte bereits Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, wie sie aktiv und eigenverantwortlich ihre Zukunft mitgestalten können. Alle Bundesländer sind aufgefordert, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in ihren Bildungssystemen zu verankern. Das bereits bestehende Schulfach Wirtschaft-Arbeit-Technik bietet aus Sicht der IHK Berlin die besten Voraussetzungen, um hier als Leitfach für BNE weiterentwickelt zu werden.

<p>Bildung auf die Zukunft ausrichten</p> <p>83 Prozent der Berliner Wirtschaft erachten es für wichtig bis sehr wichtig, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung an Berliner Schulen geteilt wird.</p> <p>5 Prozent der Berliner Wirtschaft messen der Bildung für nachhaltige Entwicklung keine Bedeutung als Schulfach bei.</p> <p>Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll Schülerinnen und Schüler motivieren und befähigen, die Auswirkungen ihres Handelns auf andere und auf die Natur zu reflektieren. Dazu steht im Vordergrund, interdisziplinäre Erkenntnisse zu gewinnen, vorausschauendes Handeln umzusetzen und somit eigene Gestaltungskompetenz zu entwickeln.</p>	<p>Wirtschaft-Arbeit-Technik als Basis nutzen</p> <p>Die Berliner Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, das Unterrichtsfach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT) zu stärken und planen hierzu die Erstellung eines Konzepts. WAT gilt als Leitfach für die ökonomische und technische Bildung, für die Berufs- und Studienorientierung sowie für das Duales Lernen und die Verbraucherbildung. Es behandelt damit theoretisch bereits heute in unterschiedlicher Tiefe ökonomische, ökologische und soziale Themen.</p> <p>Statt also BNE lediglich als neues Querschnittsthema oder sogar ein neues, zusätzliches Fach zu implementieren, ist es aus Sicht der Berliner Wirtschaft sinnvoller, die vorhandenen Schnittstellen zum Schulfach WAT zu nutzen und dieses zum Leitfach für BNE weiterzuentwickeln.</p>
--	--

IHK Berlin Politisches Positionspapier | Schulfach Wirtschaft-Arbeit-Technik | 1

Positionspapier: Neue Mobilität nachhaltig verankern und Platz für Innovation schaffen



IHK Berlin

POLITISCHES POSITIONSPAPIER

Neue Mobilität nachhaltig verankern und Platz für Innovation schaffen

„Neue Mobilität“ gilt als visionärer Ansatz für verkehrsgestaltende Städte. Die Berliner Wirtschaft setzt auf Innovation und will Mobilität „geteilt“ gestalten. Sie ist davon überzeugt, dass „Neue Mobilität“ dazu beiträgt, den privaten Pkw-Besitz zu reduzieren. Eine Vielzahl von Anbietern hat sich schon in Berlin angesiedelt. Dieses Potenzial kann aber nicht ausgeschöpft werden. Deshalb fordert die Berliner Wirtschaft die Politik auf, die Notwendigkeit und den Mehrwert „Neue Mobilität“ zu erkennen, eine strukturelle Integration der Angebote aktiv zu gestalten und die Weichen für eine innovative Mobilität vom Morgen zu stellen.

Neue Mobilität als Chance für die Mobilitätswende verstehen & nutzen
Der Fokus neuer Mobilität liegt im Sharing. So zählen neben eScooter, eMopeds und Bike-Sharing auch Car-Sharing, Ride-Hailing, Ride-Pooling und autonome Shuttles dazu. Ziel der Verkehrsformen ist es, die Mobilitätswende in Richtung Klimaneutralität zu ermöglichen. Diese lässt sich nur dann erreichen, wenn die Anzahl an Privat-Pkw in Städten sinkt, ohne, dass Menschen dadurch in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Kurzum: es braucht Alternativen, die von den Betroffenen akzeptiert und angenommen werden.

Die Berliner Wirtschaft sieht diese Alternativen in der Neuen Mobilität. In einer repräsentativen Umfrage der IHK Berlin aus Q4/22 erklären

61% der befragten Unternehmen, dass Neue Mobilität aus ihrer Sicht zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) beiträgt.

39% halten neue Mobilitätslösungen nicht als geeignet, um den privaten Pkw aus den Städten zu verbannen.

Damit die Verkehrsformen der Neuen Mobilität ihr volles Potenzial ausschöpfen und zu DEK nachhaltigen Alternative zum MIV werden können, braucht es stärkere Unterstützung durch die Politik, denn: Aktuell bewerten alle Anbieter den Standort Berlin im Großstadtvergleich als den mit Abstand schwierigsten für ihr Geschäftsmodell.

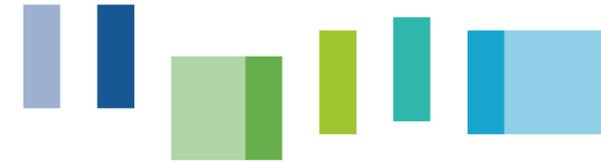
Nur wenn Neue Mobilität glaubhaft als Teil des Gesamtsystems Verkehrs verstanden, eingebunden und gefördert wird, werden die Menschen das ineffiziente Privat-Auto stehen lassen. Deshalb fordert die Berliner Wirtschaft ein stärkeres Bekenntnis der Politik zur Neuen Mobilität. Konkret durch:

- ☒ Neuformulierung der missglückten Sonderzulassungsregelung sowie deren Nebenbestimmungen im Berliner Straßengesetz (§ 11a/BerStzG) unter Einbezug aller Anbieter. Die IHK Berlin bietet an, hier als Vermittler zwischen Politik und Anbietern aufzutreten.
- ☒ Einführung einer anreizorientierten, deutlichen Reduzierung der Parkgebühren für Car-Sharing über eine pauschale Vignettenregelung. Elektrisches Car-Sharing ist zu bevorzugen (analog München).

Warum wir eine Position zur Neuen Mobilität brauchen:

- Neue Mobilität stellt eine **nachhaltige Alternative zum privaten Pkw** dar und **ergänzt den ÖPNV**
- Neue Mobilität ist Teil der Berliner Wirtschaft mit **mehreren tausend Beschäftigten**
- **Politik wartet auf eine Positionierung der Wirtschaft**, denn: ab August 2023 beginnt die Befassung mit dem Kapitel „Neue Mobilität“ im Mobilitätsgesetz
- Neue Mobilität braucht **Akzeptanz durch die Bevölkerung**. Das funktioniert, in dem sich die Wirtschaft aktiv in die Debatte einbringt

Positionspapier: Wirtschaftlich wie sozial nachhaltig: Perspektiven für Geflüchtete verbessern



IHK Berlin

POLITISCHES POSITIONSPAPIER
Wirtschaftlich wie sozial nachhaltig:
Perspektiven für Geflüchtete verbessern

Alle Berlininnen und Berliner müssen die gleiche Chance erhalten, über Arbeit und Ausbildung ihren Teil zur Gesellschaft beizutragen. Das ist nicht nur sozial nachhaltig, sondern auch wirtschaftlich relevant. Von der Berliner Wirtschaft wird zudem erwartet, dass sie insbesondere auch geflüchteten Menschen gute Einstiegschancen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ermöglicht. Demografisch bedingt werden den Berliner Unternehmen jedoch bis zum Jahr 2035 voraussichtlich ca. 435.000 Personen weniger zur Verfügung stehen. Dazu verlassen jedes Jahr rund zehn Prozent der Neuzugewanderten die Bundesrepublik. Integrationsarbeit selbst und die Rahmenbedingungen für Betriebe müssen daher überarbeitet werden.

Arbeits- und Ausbildungsmarkt profitiert von Internationalisierung
Berlins Beschäftigungswachstum der letzten Jahre wäre ohne das Zutun vieler Neuzugewandeter unmöglich gewesen. Zwischen 2012 und 2021 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne deutschen Pass von 96.000 auf 272.000 gewachsen. Es muss unterschieden werden zwischen EU-Zuwanderung und der Zuwanderung aus Drittstaaten, die als Erwerbzuwanderung infolge eines Asylverfahrens oder des Familiennachzugs stattfinden kann. Zum Stichtag 31.12.2021 hatten 248.900 Personen in Berlin einen befristeten Aufenthaltstitel, darunter 42.795 Personen zum Zwecke der Erwerbstätigkeit, 12.680 Personen eine Aufenthaltsgestattung und 13.215 Personen eine Duldung.

Ausländische Bevölkerung Berlins nach Aufenthaltsstatus
Quelle: Statistik-Bezirkamt

Bei den Personen, die über das Asylverfahren oder den Familiennachzug nach Berlin kommen, besteht Verbesserungspotential, um eine schnelle Integration zu gewährleisten und mit dem Eintritt in den Arbeitsmarkt ein selbstbestimmtes Leben ohne Abhängigkeit von Transferleistungen zu ermöglichen.

IHK Berlin Politisches Positionspapier | Perspektive für Geflüchtete 1

Zentrale Handlungsempfehlungen:

- Schaffen dauerhafter **Bleibeperspektiven**, speziell für Geduldete
- Flächendeckendes **Angebot an (Berufs-)Sprachkursen** etablieren, auch mit Kinderbetreuung
- Gruppe **geflüchtete Frauen** durch passgenaue Förderung stärker in den Blick nehmen
- **Kompetenzerfassung und Berufswegeplanung** so früh wie möglich nach dem Ankommen durchführen
- Zügige und unkomplizierte **Anerkennungsverfahren** für berufliche Abschlüsse und Qualifikationen etablieren
- Möglichkeiten **alternativer Vermittlung von Berufsinhalten**, z. B. on-the-Job, prüfen.

Positionspapier: Ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiger dank multilokaler Arbeit

Zentrale Handlungsempfehlungen:

- Technische Infrastruktur für multilokales Arbeiten bereitstellen
- **Keine rechtlichen Ansprüche** auf multilokales Arbeiten schaffen, sondern das Angebot flexibler Arbeitsweisen als **Wettbewerbsfaktor** beibehalten
- Novellierung des Arbeitszeitgesetzes anstoßen
- Bessere **Rechtssicherheit**, z. B. beim Arbeitsschutz, gewährleisten und auf Win-Win-Situationen abzielen, die die Ausweitung flexibler Arbeitsformen fördern
- **Förderstruktur für KMU** erproben, die CO2-Einsparungen mit der Umstellung auf multilokales Arbeiten verbindet
- **Rechtssicherheit** für mobiles **Ausbilden** schaffen

Anlage 2 zum Protokoll: Gesamtpräsentation






MULTILOKALES POSITIONSPAPIER
Ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiger dank multilokaler Arbeit

Verstärktes multilokales Arbeiten kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. So können Fahrten zum Arbeitsplatz und Geschäftsreisen reduziert sowie Ressourcen gespart und Betriebskosten gesenkt werden. Von der Wirtschaft wird erwartet, hierzu einen Beitrag zu leisten. Die Flexibilisierung des Arbeitens ist mittlerweile breit erprobt. Dennoch fehlt gerade für mobiles Arbeiten weiterhin ein entsprechender Rechtsrahmen. Um diese Arbeitsform und ihre nachhaltigen Effekte dauerhaft zu etablieren, brauchen Betriebe einen hohen Technikstandard, die Freiheit zur Steuerung und Selbstorganisation sowie Anreize und Einrichtungen.

54 Prozent bzw. über 550 der befragten Unternehmen der IHK-Nachhaltigkeitsumfrage 2022 begründen ihr Angebot multilokaler Arbeit damit, dass sie ihre **Arbeitgeberattraktivität steigern** wollen. Die Relevanz dieses Faktors nimmt zu, je größer das Unternehmen ist.

Wurum bieten Sie multilokales Arbeiten an?
(Quelle: IHK-Nachhaltigkeitsumfrage 2022)

Antwortkategorie	Anteil (%)
Weniger Anwesenheitszeiten (z. B. für Kunden, Partner, etc.)	307
Reduzierung von Reisekosten (z. B. für Mitarbeiter, Partner, etc.)	244
Reduzierung der Arbeitsplatzkosten (z. B. Miete, Energie, etc.)	505
Größere Flexibilität (z. B. bei Krankheit, etc.)	323
Größere Flexibilität (z. B. bei Urlaub, etc.)	253
Keine Angabe	104
Keine Angabe	104
Keine Angabe	104

Multilokale Arbeit wird demnach von der Mehrheit der Betriebe bereits als Instrument und unverzichtbarer Wettbewerbsparameter zur Fachkräftesicherung verstanden. So helfen Beschäftigten flexible Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben leichter zu organisieren. Wenn dazu durch weniger Pendeln der Stress gemindert wird oder die Arbeit besser an persönliche Bedürfnisse angepasst werden kann, steigt die Zufriedenheit mit dem Job und die Lebensqualität erhöht sich.

IHK Berlin Politisches Positionspapier | Multilokale Arbeit | 1



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 6: Verschiedenes

Nächste Termine der Vollversammlung

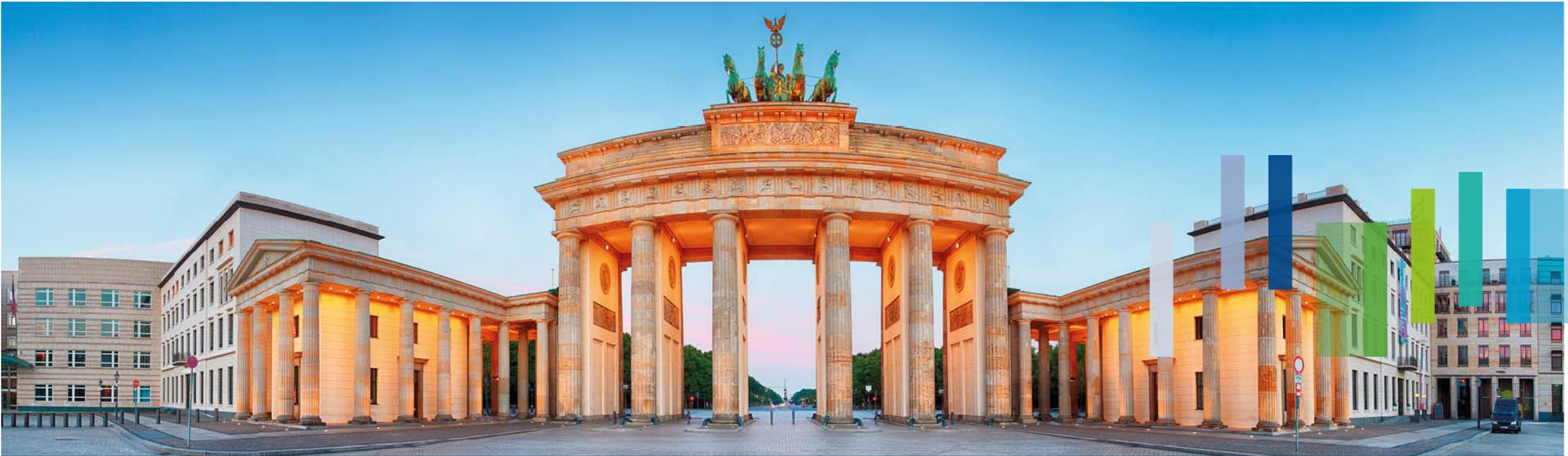


Sep. 2023

Vollversammlung
21.09. um 16 Uhr

Dez. 2023

Vollversammlungsgespräch
04.12. Um 16 Uhr
Vollversammlung
13.12. um 16 Uhr



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 7: Besuch des Regierenden Bürgermeisters

GEMEINSAM für BERLIN



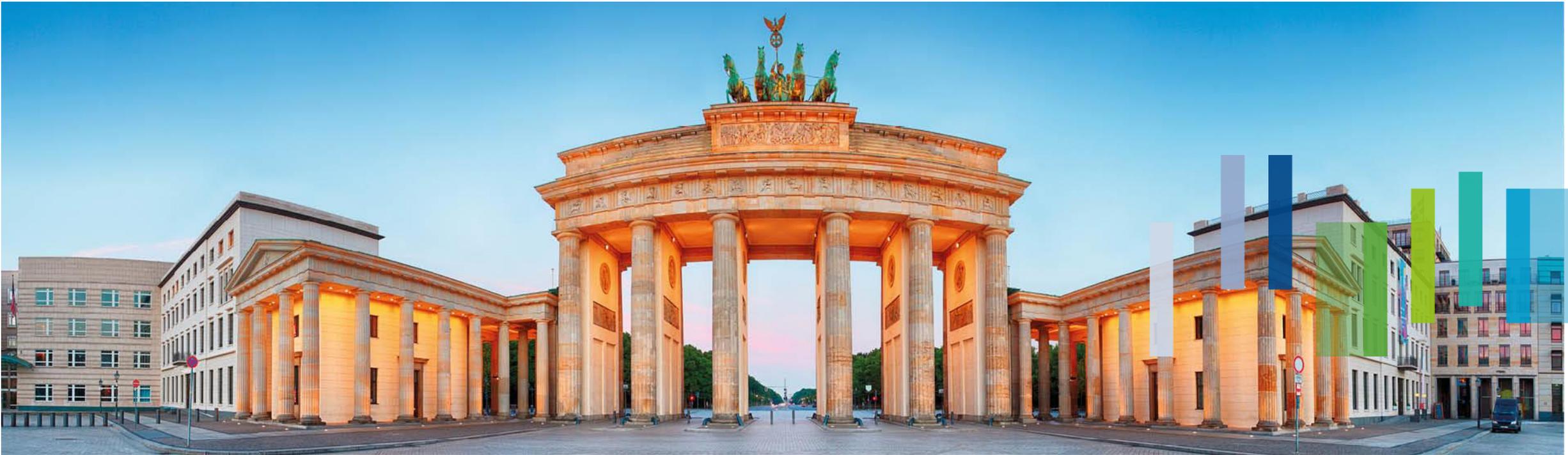
Anlage 2 zum Protokoll: Gesamtpräsentation



Vision

Säulen

Fundament



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2023

TOP 7: Besuch des Regierenden Bürgermeisters

Anlage 2 zum Protokoll: Gesamtpräsentation

Auf zum Sommerfest...!



